

FAQ „Stahlwerk unterstützen – Schuldenbremse einhalten“

Steht die CDU zum Bremer Stahlwerk?

Ja! Die Transformation der Stahlwerke ist eine entscheidende Stellschraube für den Klimaschutz und für den Erhalt von gut bezahlten Industriearbeitsplätzen in unserem Bundesland. Die Stahlproduktion macht 50 % des CO₂-Ausstoßes des Landes Bremen aus. Bremens Ziel der Klimaneutralität, so wie es der Abschlussbericht der Klimaenquete empfiehlt, würden wir durch die Dekarbonisierung deutlich näherkommen.

Warum steht die CDU zur Schuldenbremse?

Die Verankerung und die Einhaltung der Schuldenbremse haben sich insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten bewährt. Entgegen der aktuellen Behauptung insbesondere von SPD und LINKEN in Bremen ist sie kein Hindernis für die Handlungsfähigkeit des Staates, sondern schafft im Gegenteil durch Haushaltsdisziplin erst Spielräume, um Geld für die wirklich wichtigen Dinge ausgeben zu können. Die Schuldenbremse wurde 2009 mit den Stimmen der SPD ins Grundgesetz und 2015 wieder mit den Stimmen der Sozialdemokraten – hier sogar in Regierungsverantwortung mit einem SPD-Bürgermeister – in die Bremische Landesverfassung aufgenommen. Bei der Finanzierung der Gelder für das Stahlwerk müssen Nachhaltigkeit, Transformation und finanzielle Generationengerechtigkeit Hand in Hand gehen. Die SPD war hinsichtlich der Stabilität von Finanzen und Generationengerechtigkeit schon einmal weiter.

Sind Schulden für Bremen denn überhaupt ein Problem?

Allerdings! Schon heute zahlt Bremen jährlich 550 Millionen Euro nur an Zinsen und in Zukunft natürlich noch mehr, wenn weitere Schuldenberge dazu kommen. Mit diesem Geld könnte man zwei Mal die Transformation des Stahlwerks unterstützen. Jedes Jahr! Oder man könnte innerhalb von zwei Jahren den gesamten Sanierungsstau in Schule und Kindertagesbetreuung beheben (700 Millionen). Schon heute wirken sich Schulden also auf die Handlungsfähigkeit unseres Staates auf.

Wie viel kostet es, das Stahlwerk zu retten und warum ist das wichtig?

Bremens Anteil an der Umrüstung des Stahlwerkes liegt bei rund 250 Millionen Euro über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren. Pro Jahr müssen wir in etwa mit 60 Millionen Euro rechnen. Das ist bei einem Haushalt von 6 Milliarden Euro für das Land Bremen gerade einmal ein Prozent der öffentlichen Mittel. Zum Vergleich: Das wäre so, als wenn ein Durchschnittsverdiener mit einem Nettoeinkommen von 27.416 Euro (Quelle: Statista) irgendwann im Jahresverlauf eine neue Waschmaschine benötigt und ein Modell für unter 300 Euro sucht. Sicher nicht einfach, aber machbar.

Wird nur Bremen Geld für das Stahlwerk bezahlen?

Nein. Bund und Europäische Kommission haben am 5. Februar 2024 eine Förderung in Höhe von 840 Millionen in Aussicht gestellt. Der Eigentümer wird noch einmal dieselbe Summe in den Standort investieren müssen, um die Transformation zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Übrigens: Die Mittel des Bundes stammen aus dem regulären Bundeshaushalt. Dort ist keine Verschuldung notwendig.

Warum verhandelt die CDU mit dem Senat?

Die CDU Bremen steht zu ihrer Verantwortung als größte Oppositionsfraktion. Das heißt auch, dass man bei einer entscheidenden Frage für das Land – wie dem Stahlwerk – gemeinsam mit der Regierung nach Lösungen sucht und prüft, ob es eine gemeinsame Grundlage gibt. Diese Möglichkeiten loten wir derzeit mit dem Senat aus. Dies heißt aber nicht, dass wir unsere politischen Grundüberzeugungen aufgeben. Eine komplette Blockadehaltung, wie sie die FDP in Bremen an den Tag legt, lehnen wir ab.

Welche Vorschläge hat die CDU für die Finanzierung?

Für die Rechtssicherheit ist es wichtig, dass die Mittel für das Stahlwerk aus einem verfassungskonformen Haushalt unter Einhaltung der Schuldenbremse kommen. Daher ist der Senat Bovenschulte gefordert Vorschläge vorzulegen, wie dies zeitnah gelingen kann. Die CDU schlägt vor, dass der Senat die Prioritäten im Haushalt anders verteilt statt neue Schulden aufzunehmen. Das weitere Fortbestehen des Senats Bovenschulte wird davon abhängen, ob er den Mut hat, seine Prioritäten neu zu ordnen.

Wo kann man zum Beispiel sparen?

Der Haushalt verfügt über Spielräume, die genutzt werden können. Dazu gehört die FreiKarte, die sicher gut gemeint ist, die der Senat Bovenschulte sich aber nicht leisten kann (voraussichtlich 19 Millionen in 2024 und 2025). Dazu gehören die persönlichen Prestigeprojekte des Bürgermeisters – wie das Stadtmusikantenhaus (insgesamt 25 Millionen Euro). Und dazu gehört, dass Bremen endlich einen Kurswechsel in der Asylpolitik vollzieht: Die Anreize nach Bremen zu kommen durch eine Bezahlkarte senkt, in eine vorausschauende Unterbringungsplanung einsteigt und die Zahlung absurder Mieten für Gemeinschaftsunterkünfte und Zelte beendet. Und natürlich muss Bremen endlich konsequenter bei der Umverteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in andere Bundesländer sein. Die Quote liegt hier im vierten Quartal 2023 mit 223% weiterhin über dem Königssteiner Schlüssel.

Hilft uns die Erklärung der Notlage zur Finanzierung der Mittel für das Stahlwerk?

Nein. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 15. November 2023 klargestellt, dass die Schuldenbremse nicht aus politischen Gründen oder wegen allgemein knapper Haushalte ausgesetzt werden darf, sondern nur unter Beachtung strenger rechtlicher Voraussetzungen. Ebenso ist der Beschluss von Krediten „auf Vorrat“ aufgrund einer Notlage nicht zulässig. Das heißt: Nur weil es in einem Jahre eine Notlage gibt, können keine Kredite aufgenommen und in den nächsten zwei, drei, vier oder fünf Jahren ausgegeben werden. Dementsprechend müsste in jedem Jahr neu eine Notlage erklärt und die Schuldenbremse ausgesetzt werden. Dafür gibt es aber in Bremen gar keinen Grund. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist ein Haushalt, der gegen die Schuldenbremse verstößt, unwirksam, d.h. die Gelder daraus dürften nicht ausgegeben werden. Gelder für das Stahlwerk in einen Notlagen-Haushalt zu schieben, wäre eine Luftbuchung. Kurz gesagt: Wenn der Senat Bovenschulte eine Notlage erklärt und die gesamten Mittel für das Stahlwerk auf einmal daraus finanzieren will, ist dies ein hohes Risiko für das Unternehmen und seine Beschäftigten.

Wird die CDU eine Notlage erneut beklagen?

Die CDU wird sowohl die Klage gegen den ersten Nachtragshaushalt 2023 aufrechterhalten, als auch weitere Haushalte beklagen, wenn diese aus ihrer Sicht verfassungswidrig sind. Dies gilt auch, wenn der Senat eine Notlage erklärt, die es nicht gibt, um Personalausgaben und Defizite aus Schulden zu bedienen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion kann mit 24 Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft alleine vor dem Staatsgerichtshof gegen den Haushalt klagen. FDP und Bündnis Deutschland verfügen über zu wenig Abgeordnete.